



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

08.04.03

Ergebnisse der Fraktionsberatungen am Montag, den 07.04.03

Presseerklärung

1. Beitritt der Stadt Dortmund zur Erklärung von Barcelona

Nachdem der erste Teil des so genannten Behindertenplanes von der Verwaltung im letzten Jahr vorgelegt worden ist, wurde in dem anschließenden Hearing deutlich, wie groß der Handlungsbedarf im Sinne dieser Erklärung trotz unbestreitbarer positiver Entwicklungen immer noch ist. Seitdem erfolgte die Bearbeitung von gemeinsam mit den Behindertenverbänden festgelegten Handlungsfelder schleppend. Noch immer gibt es keinen zweiten und dritten Teil des Behindertenplanes, der zum einen den Ist- und Sollzustand beschreibt, zum anderen die notwendigen Maßnahmen benennt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden deshalb im Rat einen Antrag zur Beratung und Abstimmung stellen, der die aus unserer Sicht minimalen Anforderungen an eine beschleunigte Umsetzung der Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen enthält.

Wichtig ist uns, dass die Stadt in der Frage der Schaffung einer Stelle eines Behindertenbeauftragten nicht auf eine Entscheidung des Landes wartet, die die Kommunen entweder zur Einrichtung der Stelle verpflichtet oder freistellt, ob die Kommune die Notwendigkeit der Aufgabenwahrnehmung durch einen Behindertenbeauftragten anerkennt. Wesentlich ist aus unserer Sicht auch die Kompensation der Schließung der Behindertenberatungsstelle beim Gesundheitsamt. Hier bedarf es der kommunalen Unterstützung bei der Realisierung eines adäquaten Angebotes.

Was die Barrierefreiheit angeht, haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits im letzten Jahr beantragt zu ermitteln, welche Defizite es gibt und in welcher Reihenfolge diese abgearbeitet werden. Dieser Antrag wurde abgelehnt, obwohl der Arbeitskreis „Der Behinderte Mensch“ durch seine regelmäßigen „Inspektionen“ bereit wertvolle Vorarbeit geleistet hat. Wer die

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Erklärung von Barcelona ernst nimmt, kann diese von uns neu formulierte Anforderung an die Verwaltung schlechterdings nicht ablehnen. Weder geht es um die Finanzierung von Maßnahmen, noch wird verlangt, alle Mängel schlagartig zu beheben. Vielmehr geht es zunächst darum, eine genaue Einschätzung der Situation zu gewinnen, um Prioritäten für durchzuführende Maßnahmen setzen zu können.

Der barrierefreie Internet- und Intranetzugang sollte selbstverständlich sein. Hier muss mit Hochdruck an entsprechenden Lösungen gearbeitet werden.

Neben der Fortführung des Behindertenplanes sollten im Zuge der Erklärung von Barcelona Aktionspläne erarbeitet werden, die sich aufgrund der Vereinbarungen auf Themenfelder erstrecken, die durch die bisher definierten Aufgabenfelder nicht abgedeckt werden.

2. Standort Musikhochschule und Orchesterinstitut

Nach der gestrigen Anhörung im Landtag stellen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fest, dass das sogenannte Orchesterinstitut offensichtlich auch von anderen Musikhochschulstandorten abgelehnt wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen auch nach wie vor keine ausreichende Begründung dafür, dass ausgerechnet Dortmund als größte östliche Stadt in Nordrheinwestfalen den Strukturveränderungen des Landes zum Opfer fallen soll. Durch eine Schließung der Musikhochschule würde hier eine erhebliche Lücke entstehen, die auch durch ein Orchesterinstitut nicht kompensiert werden kann.

Wir sind der Auffassung, dass der Rat auf der Grundlage des rechtsgültigen Vertrages mit dem Land noch einmal mit Nachdruck den Erhalt der Musikhochschule fordern sollte. Dabei muss nicht der Erhalt des status quo verlangt werden. Vielmehr sollte Dortmund im Rahmen der Angebotsvielfalt bei den Musikhochschuleinrichtungen eine spezielle Ausrichtung zugewiesen bekommen. Sofern es ein überzeugendes Konzept für das Orchesterinstitut geben sollte, muss die Arbeit in der Musikhochschule verstärkt auf den entsprechenden Unterbau ausgerichtet werden.

Für unsere Fraktion ist jedenfalls klar, dass der Musikhochschulstandort Dortmund von großer Bedeutung für die Lebendigkeit der Musikstadt Dortmund ist. Wir werden den Oberbürgermeister auffordern, sich gegen die Vorentscheidung aus Düsseldorf zur wehren und die verschiedenen Modelle zur Qualifizierung des Standortes in geeigneter Form zu unterstützen.